



18. März Internationaler Tag der politischen Gefangenen FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Jedes Jahr am 18. März, dem Internationalen Tag der politischen Gefangenen, werden wir mit der Realität konfrontiert, dass Tausende von Menschen in vielen Ländern der Welt wegen ihrer Gedanken inhaftiert werden und schwerer Folter ausgesetzt sind. Denn die Krise des derzeitigen Systems verschärft sich von Tag zu Tag. Infolgedessen werden die Widersprüche zwischen den Herrschenden und den Beherrschten immer tiefer und tiefer. Deshalb nehmen in vielen Ländern der Welt auch die Angriffe auf die gesellschaftlichen Oppositionskräfte zu. Der Druck auf diejenigen, die das System kritisieren und ihre Reaktion durch verschiedene Aktionen und Aktivitäten zum Ausdruck bringen, wird durch neue gesetzliche Regelungen verstärkt. Bestehende Sicherheitsgesetze, Versammlungs- und Demonstrationsgesetze und viele andere Gesetze, die die Grundrechte bestimmen, werden fortwährend verschärft.

In vielen Ländern organisieren die sozialen Oppositionskräfte immer stärkeren Widerstand gegen diese Angriffe des Systems durch Straßenproteste, Arbeiter*innen- und Bauernstreiks und Aktionen für den Klimaschutz. Infolgedessen werden Hunderttausende von Menschen auf der ganzen Welt unter schwerer Folter gefangen und in Gefängnissen eingesperrt. Jeden Tag kommen neue hinzu, so dass ein Heer von politischen Gefangenen entsteht.

Die Bedingungen in den Gefängnissen werden immer schlechter

Die Haftbedingungen in den Gefängnissen werden in allen Ländern immer schlimmer. Die Isolationsbedingungen und die jahrelange Inhaftierung kommen den Menschen teuer zu stehen. Darüber hinaus werden Gefangene systematisch schwer gefoltert. Vor allem wegen der fehlenden Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie in den Gefängnissen sind viele Gefangene, die bereits gesundheitliche Probleme hatten, immer häufiger schwer erkrankt. Trotz zahlreicher internationaler Kampagnen wurden Gefangene mit schweren gesundheitlichen Problemen nicht freigelassen und fast dem Tod überlassen.

Die Gefangenen sind dem Feindstrafrecht unterworfen

Gegen politische Gefangene in den Gefängnissen wendet das System Feindstrafrecht an. Da diejenigen, die nicht so sind wie sie selbst, die nicht so denken wie sie selbst und die sich dem System widersetzen, als Feinde angesehen werden, sind sie allen Arten von Angriffen, Unterdrückung, Folter und Massakern ausgesetzt. Wie im Iran werden politische Gefangene in vielen Ländern mit der Todesstrafe bestraft, weil sie als Feinde angesehen werden.

Die Sonderbehandlung der Avantgarde des revolutionären Kampfes nimmt von Tag zu Tag zu. Nach dem Massenaufstand im Iran wurden Tausende von Menschen inhaftiert und sind schweren Folterungen ausgesetzt. Bei den heftigen Angriffen auf die Massen, die den Putsch in Peru verurteilten, verloren viele Menschen ihr Leben, und Hunderte von Demonstranten wurden festgenommen und verhaftet. Mumia Abu-Jamal von der Black-Panther-Bewegung in den USA, die palästinensischen Freiheitskämpfer Georges Abdallah und Ahmad Saadat, die seit vielen Jahren in Frankreich inhaftiert sind, Dr. G.N. Saibaba in Indien, Abdullah Öcalan, Führer der Freiheitsbewegung Kurdistans, und Zehntausende von politischen Gefangenen in türkischen Gefängnissen sind harten Bedingungen ausgesetzt.

Angriffe nehmen auch in europäischen Ländern zu

In den europäischen Ländern nehmen die Angriffe auf Revolutionäre zu. Mit den neuen Gesetzen, die in vielen Ländern, insbesondere in Deutschland und Frankreich, erlassen wurden, werden die Kräfte, die das imperialistische kapitalistische System kritisieren und dagegen kämpfen, bei Straßenprotesten angegriffen, massenhaft verhaftet und für lange Jahre in Gefängnissen inhaftiert. Auf der Grundlage von Artikel 129 a und b des deutschen Grundgesetzes werden migrantische Revolutionäre für ihren Kampf gegen die faschistische Unterdrückung in ihren Heimatländern zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Vor allem Revolutionäre aus Kurdistan und der Türkei sind diesem Angriff am stärksten ausgesetzt. Dutzende von Revolutionären sind derzeit in deutschen Gefängnissen inhaftiert.

Lasst uns die Stimme der Gefangenen auf den Straßen hörbar machen

Als UPOYUDAK rufen wir alle Organisationen dazu auf, sich für die Menschenrechtsverletzungen in den Gefängnissen zu sensibilisieren, eine öffentliche Meinung in Europa zu schaffen und die Stimme der Gefangenen auf der Straße zu erheben. Bei dieser Gelegenheit rufen wir euch ebenfalls auf, das internationale Symposium zu unterstützen, das wir am **18. März 2023** in Stuttgart organisieren werden.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Es lebe die internationale Solidarität!